Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2021 **Drucksache 18/13558**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild SPD**

Aufarbeitung der Schicksale von Verschickungskindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine vom Bund unabhängige Untersuchung zu Verschickungskindern in und aus Bayern zu beauftragen. Durch das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sollen die Vorgänge in den Kindererholungsheimen zwischen 1950 und 1980 wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Dabei soll auch geklärt werden, welche Auswirkungen die negativen Erfahrungen gegebenenfalls auf das spätere Leben der Betroffenen hatten beziehungsweise haben. Alle relevanten Akteure in Bayern sollen zudem bei der Vernetzung untereinander unterstützt werden und in die Aufarbeitung einbezogen werden (Verein Verschickungskinder, ehemalige Träger, Ärzte, Krankenkassen, etc.).

Begründung:

Millionen deutsche Kinder wurden bis in die 1990er-Jahre zur Erholung in Kindererholungsheime geschickt, sogenannte Verschickungskinder. Die Zahl wird für ganz Deutschland auf 8 bis 12 Mio. Kinder im Alter zwischen 2 und 14 Jahren geschätzt. Zahlreiche Kinder kamen nach ihren sechs- bis achtwöchigen Aufenthalten verstört zurück. Zum Teil litten sie unter äußerlich wahrnehmbaren Störungen, wie Schlaf- oder Essstörungen, viele jedoch vor allem unter nicht unmittelbar erkennbaren psychischen Belastungen, wie Vertrauensverlust und Ängsten. Wenige schenkten den misshandelten Kindern Aufmerksamkeit oder glaubten ihnen. Der breiten Öffentlichkeit wurde das Thema erst 2019 durch einen Fernsehbericht bewusst. Etliche Betroffene reagierten öffentlich auf den Beitrag. Einige von ihnen gründeten einen Verein zur „Aufarbeitung und Erforschung von Kinderverschickung“. Die öffentlichen Berichte zeigen, dass viele Betroffene lange oder sogar bis heute unter den Folgen litten und leiden. Eine Aufarbeitung der Vorfälle und deren Auswirkungen sind daher längst überfällig. Insbesondere auch in Bayern, wo vermutlich rund ein Viertel der Kinderkurheime angesiedelt waren.

Für eine zeitnahe und umfassende Aufarbeitung soll die Staatsregierung (zusätzlich zu den Maßnahmen auf Bundesebene sowie analog zu den Bundesländern Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Hamburg) eine eigene wissenschaftliche Aufarbeitung umsetzen. Wichtig ist, dass die Betroffenen einbezogen werden und beispielsweise die bayerische Zweigstelle des Vereins finanziell wie personell unterstützt wird. Ziel muss es sein, das Leiden der Verschickungskinder öffentlich anzuerkennen, Betroffene mit Bedarf umfassend zu beraten und in Fällen von Not auch Unterstützung zu gewähren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.